

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohendorf, Adlik, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmanndorf, Wülken St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Ruffsnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichem Amtsgerichtsbezirk

Nr. 243

68. Jahrgang

Donnerstag, den 17. Oktober

Verantwortliche Zeitung

1918.

Preis: 10 Pf. (1000) ...

Lichtenstein.

Margarine, R.-N. 1671—Ende, Wülken, J. 1—1670 Wülken, K. 50 Gr. 22 Pf. ...

Kochende Verordnung der Reichsstelle für Schuhversorgung über die Versorgung von Kindern mit bedarfsberechtigtem Schuhwerk vom 1. Oktober 1918 wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Ministerium des Innern, 894 III Nr. 1 A. Bekanntmachung über die Versorgung von Kindern mit bedarfsberechtigtem Schuhwerk.

Für Kinder bis zu 6 Jahren ist gegen Abgabeberechnung über nur ein Paar getrauschfähiger Schuhe oder Stiefel, deren Sohle mindestens im Vorderteil oder in der Vorderhälfte ganz aus Leder besteht, innerhalb jeden Jahres

jeit Ausgabe des letzten ohne Abgabeberechnung aufgestellten Schuhbedarfs (Schuhes) auf Antrag ein weiterer Schuhbedarfschein auszustellen.

- § 2. Bei Ausstellung der Abgabeberechnungen ist der Vordruck 1. in der Ueberschrift durch den Zusatz „für Kinder bis zu 6 Jahren“ zu ergänzen, 2. im Wortlaut dahin zu ändern, daß an Stelle von „zwei“ Paar „ein“ Paar noch gebrauchsfähiger Schuhe oder Stiefel gesetzt wird.
- § 3. Die Ausstellung von Schuhbedarfscheinen für Kinder bis zu 6 Jahren gegen Abgabeberechnung über nur 1 Paar Schuhe ist in den Personalkisten („Listen“) als solche besonders zu vermerken.
- § 4. Die Bekanntmachung tritt am 15. Oktober 1918 in Kraft. Berlin, den 1. Oktober 1918.

Reichsstelle für Schuhversorgung. Wallersteiu, Dr. Gumbel, Thurm.

Kurze wichtige Nachrichten.

- Die erfolgte Reichstagswahl in Berlin I ergab Entscheidung zwischen Kämpfer (fr. Volksg.) und Stadt. Hugo Heimann (Soz.)
- Der Bundesrat stimmte der Abänderung des § 11 der Reichsverfassung zu, damit ist die volle Mitwirkung der Volksovertretung bei der Entscheidung über Krieg und Frieden gesichert.
- Frankreich hat die Beziehungen zu Finnland abgebrochen.
- Man ist noch immer auf der Suche nach der ehemaligen russischen Zarin und ihrer Tochter und weiß nichts über deren Schicksal.
- Bis Ende voriger Woche wurden in Holland gegen 80000 Grippe-Erkrankungen gezählt. In Rom und Genua herrscht die Epidemie gleich heftig.
- Ueber Portugal ist der Belagerungszustand verhängt.
- Das ungarische Kabinett ist zurückgetreten.
- Der bisherige deutsche Gesandte in Sofia und das Gesandtschaftspersonal befinden sich auf der Rückreise nach Deutschland.

Wilson's Antwort auf die deutsche Note vom 12. Oktober.

Washington, 11. Oktober. (Reuter.) Der Staatssekretär hat heute nachmittag dem inter-amerikanischen Geschäftsträger der Schweiz und Vertreter der deutschen Juristen in den Vereinigten Staaten folgende Note beantwortet: Staatsdepartement, 11. Okt. Mein Herr! Die Verantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Uebersmittlung folgender Antwort zu ersuchen: Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in seiner Botschaft an den Kongress der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Reden niedergelegten Bedingungen von Seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des deutschen Reichstages berechtigte den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilung der deutschen Regierung vom 11. und 12. Oktober 1918 abzugeben. Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Rat der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und

der Präsident fühlt, sich verpflichtet, zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten im Felde schafft. Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein wird. Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten noch er dessen ganz sicher ist, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegsführende assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in die Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die ungeschlichen und unmenschlichen Praktiken auszuüben, bei denen sie noch verharren. (Aus derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre Flotte damit beschäftigt, auf der See Passagierschiffe zu versenken, und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen die Passagiere und Besatzungen verharren, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihren jetzigen erzwungenen Rückzügen aus Alandern und Frankreich einen Weg mit williger Verödung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebote der zivilisierten Kriegsführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind an allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Einwohner beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderungen und Verwüstungen fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht, mit Entsetzen und empörtem Herzen hinblicken. Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck (wenn solchem die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Haltung und die klare Absicht in die Sprache auszufließen) einer der Friedensbedingungen sein will, welche die deutsche Regierung jetzt annehmen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli d. J. in Mount Vernon gehalten hat; sie lautet wie folgt: Die Vereinigten Staaten werden die militärische Macht überlassen, die für sich gehen und nach eigenem Belieben den Frieden der Welt fördern kann, oder, wenn sie sich nicht vermindern werden kann, mindestens ihre Verabminderung zu tatsächlichen Unvermögen und (sogar eine Telegrammbermittlung). Die Macht, welche bisher die deutsche

Nation beherrscht hat (controlled) ist von der Art, wie sie hier beschrieben wird. Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Frieden durch das Vorhaben (by the action) des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Beharrlichkeit und dem betriebenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie verhandeln. Der Präsident wird eine besondere Antwort an die I. F. Regierung von Oesterreich-Ungarn abgeben. Entschuldigend, mein Herr, die erneute Verabsicherung meiner Hochachtung! Robert Lansing.

Diese Antwort kommt einer schroffen Ablehnung unseres Friedensangebotes gleich. Wilson will also keinerlei Verständigung über die Räumung der von uns besetzten Gebiete und die Bedingungen des Waffenstillstandes, sondern er will die Entscheidung darüber allein den militärischen Ratgebern der Entente vorbehalten wissen. Mit anderen Worten: er verlangt die bedingungslose Unterwerfung Deutschlands, die Kapitulation des deutschen Meeres. Ja er geht sogar soweit, daß er als Voraussetzung eines Waffenstillstandes Bürgschaften für die Aufrechterhaltung der militärischen Ueberlegenheit der Entente fordert. Was er unter einem Eingreifen des deutschen Volkes verstanden wissen will, ist nicht rund heraus gesagt, es geht aber aus dem Schlusssatz hervor, wonach „die Macht, die bisher das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, vernichtet oder bis zur tatsächlichen Ohnmacht herabgemindert“ werden soll. Also Revolution, Sturz der Monarchie! Ein Deutschland, das sich selbst zerfleischt, wie Rußland, und wehrlos zur Beute seiner Feinde wird. Das ist des Pudels Kern. Nun wissen wir wenigstens, woran wir sind. Auf dem von Wilson gewünschten Wege befinden wir uns bereits und die ersten Schritte sind ja schon getan. Aber wir wollen diesen Weg, der zum sicheren Untergang führt, nicht weitergehen. Jetzt gilt es, alle Kräfte zusammenzurufen und das deutsche Volk zur nationalen Verteidigung aufzurufen. Das gesamte deutsche Vaterland ist in Gefahr.

Die Möbel am Mittwoch an ...
Am Abend ...
Einem ...
Die Möbel am Mittwoch an ...
Am Abend ...
Einem ...
Die Möbel am Mittwoch an ...
Am Abend ...
Einem ...



Land Meer ...
Moderne ...
und Familien ...
und Romane ...
Autoren ...
wissenschaftliche ...
Aufsätze ...
er - Haus ...
au in Haus ...
Befehlshaber ...
jeden Sonntag ...
- jedes Heft 50 Pf.

Mutter, ...
ne ...
uns in ...
Lumen- ...
sch im ...
Ober- ...
a Ver- ...
dern